

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Januar/Februar 2022

Liebe Mitglieder und Freunde,

hoffentlich sind Sie alle gut und vor allem gesund ins neue Jahr gekommen, für das ich Ihnen nur das Beste wünsche.

Ende 2021 kam Präsident Cyril Ramaphosa erneut unter Druck, weil der ANC bei den Kommunalwahlen eine schwerwiegende Niederlage hinnehmen musste und die von südafrikanischen Wissenschaftlern identifizierte Omikron-Variante des COVID 19-Virus dazu führte, dass sich die Hoffnung auf das Wiedererstarben des Tourismus zerschlug. Das neue Jahr bringt für ihn neue Probleme mit sich.

Der erste Band des Untersuchungsberichts der „Zondo-Kommission“ zur Kaperung des Staats („state-capture“) liegt vor, die beiden anderen sollen bis März folgen. Aber schon jetzt zeichnet sich ab, dass es der *National Prosecution Authority* (ähnlich der Bundesanwaltschaft in Deutschland) aus Kapazitätsgründen kaum möglich sein wird, alle potenziellen Täter anzuklagen. Gleichzeitig ist der Präsident in der Zwickmühle zu entscheiden, ob es überhaupt opportun wäre, so weit zu gehen - „Wo soll das enden?“ oder: „Sollte sich die NPA nur auf einzelne Haupttäter konzentrieren?“. Es bleibt also abzuwarten, ob die von der südafrikanischen Bevölkerung erwartete umfassende juristische Aufarbeitung und damit zumindest die Suspendierung wichtiger Protagonisten aus der Zuma-Zeit zeitnah in Angriff genommen wird.

Gleichzeitig hat die langjährige Ministerin Sisulu – aktuell für Tourismus zuständig - kürzlich den Vorwurf erhoben, die südafrikanische „neoliberale Verfassung basiere auf kolonialem Recht“ und wirke als Palliativ gegenüber den Armen und Entrechteten. Auf den hohen Ebenen der Justiz agierten mental kolonialisierte Richter, die sich mit der Denkweise und Welt-sicht derjenigen, die ihre Vorväter enteigneten, gemein machten. Deshalb sei eine Grund-überholung des Justizsystems erforderlich, denn was nütze eine Justiz, wenn sie nicht für Afrikaner in Afrika arbeite. Im Zuge der Aufarbeitung dieser Vorwürfe bezichtigte Sisulu den Präsidenten der Lüge. Die schwerwiegende Attacke auf die 3. Gewalt und evidente Missach-tung des Präsidenten hat zumindest bisher nicht zur erwarteten Entlassung der Ministerin geführt. Dies lässt darauf schließen, dass er die Auseinandersetzung mit der ANC-internen Gruppierung „*Radikale Wirtschaftliche Transformation*“ (RET) und dem Zuma-Lager scheut.

Angesichts der Wahlniederlage bei den letzten Kommunalwahlen und der sinkenden Zustim-mungsraten arbeitet dieses Zaudern nach Meinung vieler Südafrikaner jedoch den radikalen Kräften des ANC in die Hände und schwächt letztlich die Partei und ihren Präsidenten Cyril Ramaphosa im bevorstehenden Kampf um die Kandidaturen für den Parteivorsitz und für die Präsidentschaft vor den Wahlen auf nationaler Ebene und in den Provinzen im Jahr 2024. Das Jahr wird für den Präsidenten also keineswegs leichter.

Wir werden das selbstverständlich weiter beobachten und im Newsletter berichten. Im Üb-rigen hoffen wir sehr, neben weiteren Gesprächen im digitalen „*Let’s Talk about..*“-Format spätestens im II. Quartal wieder Präsenzveranstaltungen durchführen zu können, um so er-neut persönlich in den Gedankenaustausch mit Ihnen zu kommen.

Bleiben Sie gesund und guter Dinge!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr **Hans-Werner Bussmann**



In diesem Newsletter:

**Nachruf auf Erzbischof
(em.) Desmond Tutu**

**Südafrikas gesellschaftli-
che und politische Her-
ausforderungen**

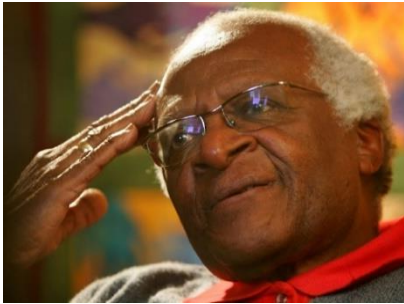
**Der Kampf um die Präsi-
dentschaft hat begonnen**

**Deutsch-Südafrikani-
sches-Forum e.V.**

www.desafor.de

Kontakt:
info@desafor.de

Adresse:
DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin



„Erzbischof Desmond Tutu war unser moralischer Kompass“

so würdigte Präsident Cyril Ramaphosa beim Staatsakt am 1. Januar 2022 die für Südafrika so bedeutsame Rolle, die Desmond Tutu seit Mitte der 1970er Jahre bis zuletzt wahrgenommen hat: Zunächst mit der Autorität eines Erzbischofs und unter dem Schutz seines Kirchenamtes bei der Unterstützung des Befreiungskampfes und nach 1994 gemeinsam mit Nelson Mandela bei der Transformation und Integration einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft mit seiner genialen Vision von der „Rainbow Nation“ sowie als Vorsitzender der „Truth and Reconciliation Commission“ zur Aufarbeitung der Gräueltaten des Apartheid-Regimes. Seither blieb er der ständige Mahner, der von den Regierenden die Einlösung gegebener Versprechen zur Überwindung von Armut und Ungleichheit forderte, sich als Aktivist für den Kampf gegen HIV/AIDS und für wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel einsetzte. Vor allem in den letzten Jahren wurde er nicht müde, Korruption und Ausbeutung des Staates durch Amtsträger und Parteifunktionäre öffentlich anzuprangern.

Der ehemalige Erzbischof von Kapstadt (1986 – 1996) und Träger des Friedensnobelpreises (1984) vereinte viele Eigenschaften in seiner eindrucksvollen Persönlichkeit. Er sei ein guter Zuhörer „auf Augenhöhe“ mit seinen Gesprächspartnern – so erinnert sich die Theologin Margot Käßmann in der ZEIT (31.12.2021).

Er habe sie bei ihrer ersten Begegnung 1983 bei einem kirchlichen Weltkongress als damals schon international bekannter Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates mit seinem ausgeprägten Mitgefühl, seiner ehrlichen Anteilnahme am Schicksal der Menschen und seiner Zuwendung ebenso beeindruckt wie mit seinem Humor, mit dem er nicht selten auch ernsthafte Botschaften zu vermitteln verstand.

Die zahlreichen weltweiten Reaktionen auf den Tod des 90jährigen, der von seinen Landsleuten liebevoll und zugleich respektvoll nur kurz „The Arch“ genannt wurde, haben in eindrucksvoller Weise die große und einhellige Wertschätzung der „globalen Ikone“ Desmond Tutu – so Ramaphosa in seiner Trauerrede – verdeutlicht.

Die Bilder, die seit dem Tod des seit 1996 emeritierten Erzbischofs am zweiten Weihnachtstag von der Presse verwendet wurden, um an Ereignisse und Stationen seines bewegten Lebens zu erinnern, zeigen ihn in den unterschiedlichsten Situationen als einen würdevollen Geistlichen,

der sich nie scheute, seine Gefühle – große Freude ebenso wie tiefe Trauer – auch öffentlich zu zeigen. Sie zeigen einen nachdenklichen Mahner, brillanten Redner und Kämpfer für die Rechte von Unterdrückten und Benachteiligten, der seine Zuhörer mitzureißen verstand und sich als Menschenrechtsaktivist auf internationaler Bühne Gehör und Respekt bei „den Großen dieser Welt“ verschaffte.

Dennoch: Die Wirkung dieser ganz unterschiedlichen Bilder in verschiedenen Situationen haben eines gemeinsam: Sie vermitteln dem Betrachter immer die dem Kirchenmann eigene Authentizität und Autorität – selbst in Momenten der scheinbaren Schwäche – wie bei den Tränen des Entsetzens über die Schilderungen von Opfern während der Anhörungen der Wahrheitskommission.

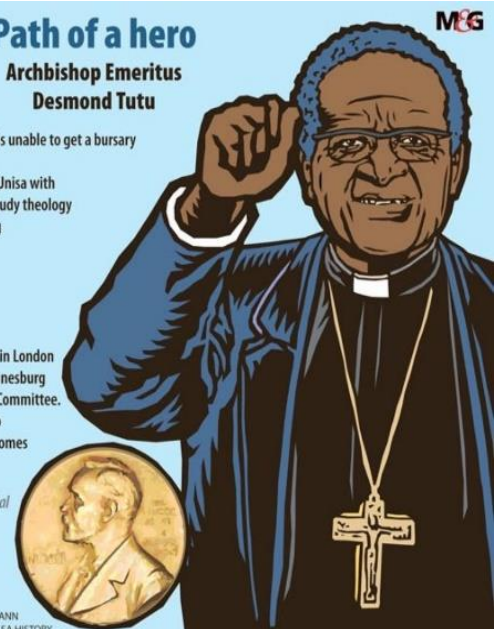
Erzbischof Desmond Tutu war ein außergewöhnlicher Mensch – er wird fehlen. Möge er in Frieden ruhen.

Klaus Brückner



- 1931: Desmond Mphilo Tutu is born on 7 October in Klerksdorp, Transvaal. His father is a high school principal and his mother is a domestic worker
- 1943: Previously Methodist, the Tutu family joins the Anglican Church
- 1945: Tutu begins his secondary education at a school near Sophiatown, where he meets anti-apartheid activist Father Trevor Huddleston
- 1950: Tutu matriculates and is accepted by the Witwatersrand Medical School, but is unable to get a bursary
- 1954: He gains a teaching diploma
- 1955: Tutu marries Nomalizo Leah Shenxane and in the same year graduates from Unisa with a BA degree. He then works as a high school teacher for three years and begins to study theology
- 1960: He is ordained as an Anglican deacon at St. Mary's Cathedral in Johannesburg
- 1961: Tutu is ordained as an Anglican priest
- 1962: He continues his theological studies at King's College in London, England, graduating with a master's degree in theology
- 1966: He returns to South Africa and teaches at a seminary and at the University of Botswana, Lesotho and Swaziland
- 1972: Tutu returns to England as Africa director for the Theological Education Fund in London
- 1975: He returns to South Africa and becomes dean of St. Mary's Cathedral in Johannesburg
- 1976: At the time of the Soweto riots Tutu plays a role in the Soweto Parents Crisis Committee. Shortly after the riots he is consecrated as a bishop and accepts a position in Lesotho
- 1978: Appointed general secretary of the South African Council of Churches, he becomes a significant thorn in the side of the apartheid regime
- 1984: Tutu is awarded the Nobel Peace Prize
- 1985: Installed as Bishop of Johannesburg
- 1986: Ordained as Archbishop of Cape Town
- 1994: Appointed as chairperson of the Truth and Reconciliation Commission (TRC)
- 1996: Tutu retires as Archbishop of Cape Town and is later designated as Archbishop Emeritus. He continues to work for the TRC
- 2021: Tutu dies on 26 December

Path of a hero Archbishop Emeritus Desmond Tutu



Südafrikas gesellschaftliche und politische Herausforderungen

„In den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Südafrikas finden derzeit Erosionsprozesse statt. Sie sind das Resultat struktureller Veränderungen und parallel ablaufender Entwicklungen, die sich gegenseitig verstärken. Die Hoffnungen auf Einnahmen aus dem Tourismus in den Monaten November 2021 bis Februar 2022 haben sich zerschlagen, seitdem nach Entdeckung der Corona-Variante Omikron internationale Reisebeschränkungen erlassen worden sind. Hinzu kommt, dass die Spannungen innerhalb der Regierungspartei (ANC) den Präsidenten Cyril Ramaphosa in seiner Handlungsfähigkeit einschränken. Allerdings sind langsame Fortschritte bei Reformen und positive Tendenzen einer Weiterentwicklung jenseits des dominierenden ANC erkennbar. So hat sich das Parteiensystem nach den Kommunalwahlen Anfang November zusehends ausdifferenziert. Deutschland und die EU können positive Entwicklungen durch gut ausgerichtete und sensible Hilfe unterstützen, müssen dabei aber stets insbesondere sozioökonomische Faktoren im Blick behalten.“

So fasst Dr. Melanie Müller, Südafrika-Expertin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, ihre zum Jahresende 2021 veröffentlichte Kontextanalyse der gegenwärtigen Situation und der Perspektiven Südafrikas zusammen ([Melanie Müller](#): Südafrikas gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Covid verschärft sozioökonomische Ungleichheit und trifft auf einen zerstrittenen ANC - SWP-Aktuell 2021/A 75, Dezember 2021, dok: [10.18449/2021A75](#) © Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2021 ([hier](#)).

Die Kommunalwahlen im November haben nach ihrer Einschätzung nicht nur gezeigt, dass der ANC seine vorherrschende Position als „The People’s Party“ verloren hat, sondern auch den massiven Verlust von Vertrauen in die Politik und die

politisch Handelnden verdeutlicht. Die anderen an den Wahlen beteiligten Parteien konnten nicht von den Verlusten des ANC profitieren. Vor allem aber ließen sich viele Wahlberechtigte gar nicht registrieren (s. auch *DeSaFor Newsletter 11/21*).

Der ANC war bereits nach den Kommunalwahlen 2016 vereinzelt zu Bündnissen mit anderen Parteien gezwungen, aber die Novemberwahlen zwangen die Parteien in nahezu allen Kommunen, Koalitionen zu bilden. Nicht selten fanden sich so kleinere Parteien allein aus dem Grund zusammen, den Einfluss des ANC auf die Geschichte der Gemeinden zu verhindern. Eine politische Motivation, die weder gute Voraussetzungen für gute kommunale Regierungs- und Verwaltungsführung noch für einen dauerhaften Bestand solcher Bündnisse bietet. Für den ANC, so Melanie Müller, wird es nicht nur in den Kommunen politisch schwierig. 2024 finden die Präsidentschaftswahlen sowie die Wahlen auf nationaler und Provinz-Ebene statt. Der ANC müsse, wenn er seine starke Stellung behalten – oder besser: wiedergewinnen - wolle, nicht nur die innerparteilichen und immer unversöhnlicher ausgetragenen Konflikte überwinden, sondern vor allem das Vertrauen und die Zustimmung der wachsenden Zahl unzufriedener Wähler*innen wieder herstellen. Die Voraussetzungen seien alles andere als gut.

Zwar waren nach Einschätzung von Melanie Müller vor allem radikale Zuma-Anhänger die Treiber der Unruhen im Juli 2021. Sie konnten aber eine große Menge Menschen mobilisieren, deren Unzufriedenheit und Wut sich bei den Plünderungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen entlud. Die Ursachen dafür identifiziert sie in den gravierenden Versäumnissen und den prekären sozioökonomischen Zuständen, die das Vertrauen in demokratische Institutionen zusehends erschüttert haben. Lt. einer Erhebung des *AFRO-Barometer* (08/21) vertrauen nur noch 38 % dem Präsidenten und nur 27 % dem

Parlament. Fast die Hälfte der Befragten (46 %) würden ihr Wahlrecht zugunsten einer demokratisch nicht legitimierten Regierung aufgeben, die Arbeitsplätze schaffen, für Sicherheit garantieren und angemessene Wohnungen bereitstellen würde.

Die COVID Pandemie habe die Ausgangslage für einen Anstieg des Wachstums der Wirtschaft und für eine Wiedergewinnung von Stabilität und Vertrauen noch weiter verschlechtert. Zwar habe die Regierung die Pandemie gut gemanagt, dennoch zähle die Statistik im IV. Quartal 2021 34,4 % Arbeitslose insgesamt und 63 % bei den 15 – 24jährigen Jugendlichen. Die Hoffnungen im Oktober 2021 auf eine rasche Wiederbelebung insbesondere des Tourismus brachen im November 2021 jäh zusammen, als südafrikanische Wissenschaftler Details zu der bereits in anderen Ländern aufgetretenen Omikron-Variante entdeckten und veröffentlichten. Die unmittelbar von Großbritannien und Israel, aber auch anderen Ländern verfügbaren Reisebeschränkungen wegen der „Südafrika-Variante“ des Virus, sei ein massiver Rückschlag für Südafrika. Melanie Müller sieht Südafrika nach wie vor in einer wichtigen Rolle für die Entwicklung der Subsahara-Region und des gesamten afrikanischen Kontinents. Das Land benötige dafür aber Unterstützung. Dazu gehöre auch die Kooperation mit der in den letzten Jahren erstarkten Zivilgesellschaft, und der Infrastrukturausbau zur Verbesserung des Zugangs der Menschen zu Dienstleistungen. Die von Deutschland und anderen Staaten zugesagte Hilfe bei der Energietransformation sei ein richtiger, aber nur erster Schritt in die richtige Richtung. Wichtig sei, dass jegliche Unterstützung unmittelbar zur Überwindung der sozioökonomischen Herausforderungen und zu einer gerechteren Verteilung beitrage.

Beitrag von Dr. Melanie Müller mit freundlicher Genehmigung der Autorin zusammengefasst von Klaus Brückner

Kampf um die Präsidentschaft in Südafrika hat begonnen

„Hi MZANSI, hast Du Gerechtigkeit gesehen?“ lautete die Überschrift:

„Der gefährlichste Afrikaner ist heute der geistig kolonisierte Afrikaner. Und wenn man sie in Führungspositionen oder als Hüter des Rechts einsetzt, sind sie schlimmer als ihre



(Photo: Delwyn Verasamy/M&G)

Unterdrücker. Einige sind durch fremde Glaubenssysteme verwirrt.“

„Heute sitzen in den hohen Rängen unseres Rechtssystems diese geistig kolonisierten Afrikaner, die sich mit der Weltanschauung und der Denkweise derjenigen arrangiert haben, die ihre Vorfahren enteignet haben. Sie lecken nur zu gern den Speichel derer, die zu Unrecht ihre Überlegenheit beanspruchen.“

Mit diesen und einer Reihe weiteren kritischen Äußerungen in einem Namensbeitrag der *Daily News* ([hier](#)) läutete *Lindiwe Sisulu* am 7. Januar 2022 zum 110. Geburtstag des ANC das Rennen um die Wahl zum Parteivorsitz und wohl auch um die Präsidentschaft 2024 ein. Dabei sollte die traditionelle jährliche Kundgebung in Polokwane eigentlich das Signal des Aufbruchs in ein für den Präsidenten und den ANC entscheidendes Jahr sein.

Das vergangene Jahr hatte für den ANC mit der herben Niederlage bei den Kommunalwahlen und mit dem Tod seines zwar kritischen aber immer engagierten Unterstützers Desmond Tutu kein gutes Ende gefunden. Und der Start ins neue Jahr war von dem verheerenden Brand des Nationalen Parlaments als Zentrum des demokratischen Südafrika überschattet. Die Zondo-Kommission hatte dem Präsidenten mit dem ersten Teil ihres Berichts ein Pflichtenheft übergeben, das sein entschlossenes Handeln fordert.

Und ausgerechnet *Lindiwe Sisulu* (65) -, Tochter der ANC-Legenden Albertina und Walter Sisulu, promovierte Historikerin, ANC-Kämpferin, Parlamentsabgeordnete seit 1995, seit 2004 ununterbrochen Ministerin mit unterschiedlichen Zuständigkeiten unter den Präsidenten Mbeki, Zuma und Ramaphosa – ausgerechnet sie greift als Ministerin die Justiz des Landes massiv an und zielt dabei zugleich auf das „System Ramaphosa“ bzw. auf den Präsidenten selbst.

„Unfinished Business“ oder taktische Kritik am „rule of law“?

Pointiert fordert *Sisulu* eine ‚afrikanisch inspirierte ideologische Grundlage‘ für ein Rechtssystem an, um die massive Ungleichheit im Land zu überwinden.

Für sie ist es vor allem die Landfrage, an der sich das Gerechtigkeitsdefizit in der Gesellschaft zeige. Mehr als ein Jahrhundert nach Verabschiedung des *Native Land Act* von 1913, mit dem den Afrikanern das Land weggenommen worden sei, werde ihnen immer noch verweigert, sich ihr Land zurückzuholen. Frühere und jetzige Verantwortliche arbeiteten gegen die Interessen der Menschen und seien „gefangen in einer Politik der bedeutungslosen Sprache des politischen Schwachsinn und der Verdummung“.

Nachdem sie 2017 bei den Wahlen zum ANC-Vorsitz nicht zugelassen wurde, will *Sisulu* nun bei der Wahl Ende 2022 gegen ihren Regierungschef Cyril Ramaphosa antreten. So stimmt sie auf der Suche nach Unterstützung in den Chor des *RET*-Flügels (*Radical Economic Transformation*) des ANC ein. Dessen Protagonisten kritisieren die Helden des Befreiungskampfes und ihre Nachfolger in der Regierungsverantwortung für „unfinished business“. Sie hätten sich bei ihrer Politik der Versöhnung mit den ehemals Herrschenden und immer noch wohlhabenden Teilen der Gesellschaft zu eigenen Gunsten arrangiert und bereichert.



Mit der bislang unterbliebenen radikalen Umverteilung sei die enttäuschte Mehrheit der Bevölkerung verraten worden – eine

These, mit der auch Jacob Zuma vor nahezu 15 Jahren Erfolg hatte.

Der ANC-Vorsitzende *Gwede Mantashe* griff den am Ende ihres Artikels von der Autorin formulierten „disclaimer“ gern auf: Die Ministerin habe „ihre persönliche Meinung“ geäußert, für die sie allein verantwortlich sei. Die Partei sei nicht diskreditiert. *Raymond Zondo*, amtierender Oberster Richter, reagierte dagegen eindeutig: *Sisulu* habe den Rechtsstaat in Frage gestellt. Als Abgeordnete und Regierungsmitglied sei sie jedoch dem Eid verpflichtet, ihn als Verfassungsgut zu wahren, zu respektieren und zu schützen. Er bezweifle, ob sie bereit sei, die Verfassung zu achten.

Präsident Ramaphosa reagierte verzögert. Erst nach ca. zwei Wochen bestellte er die Ministerin zu einem persönlichen Gespräch ein. Das Präsidialamt teilte danach mit, dass die Ministerin sich nach einer Rüge des Präsidenten für ihre unangemessenen Kommentare entschuldigt und sie zurückgenommen habe.

Wenige Stunden später aber bestritt *Lindiwe Sisulu*, ihre Äußerungen gegenüber dem Präsidenten zurückgenommen oder relativiert zu haben. Sie bekräftigte, unverändert zu ihrer Haltung zu stehen.

Die Auseinandersetzung dürfte ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben.

Es darf wohl angenommen werden, dass *Lindiwe Sisulu* es darauf anlegt, als Ministerin entlassen zu werden, um freier gegen den Präsidenten auftreten zu können. Und zugleich kann *Cyril Ramaphosa* sie genau aus diesem Grund wohl gerade nicht entlassen, obwohl er als Regierungschef eigentlich keine andere Option hat.

Klaus Brückner

Verfassungsänderung zu entschädigungsloser Enteignung scheitert im Parlament

Anfang Dezember 2021 ist eine vom ANC angestrebte Verfassungsänderung gescheitert. Ein Zusatz in Artikel 25 sollte die Grundlagen für Enteignungen verbreitern und die Verfassungsmäßigkeit weiterer Gesetzesvorhaben für eine beschleunigte Landreform sichern.

Der ANC begründete die beabsichtigte Ergänzung als Chance, den „Sündenfall“ der Vertreibung der Afrikaner vom Land ihrer Väter zu überwinden.



Für die *Democratic Alliance (DA)* wäre sie jedoch ein Verstoß gegen die „*rule of law*“ (Rechtsstaatlichkeit) und würde die ohnehin vorhandenen Ungewissheiten über den Bestand von Eigentum verstärken.

Den „*Economic Freedom Fighters*“ (EF) geht die Ergänzung nicht weit genug. Der ANC werde von „weißem Monopolkapital bestimmt“ und strebe eigentlich die Sicherung der Rechte weißer Landeigentümer an. Ihr Chef, *Julius Malema*, rief unverblümt dazu auf, dass sich die Menschen mit allen denkbaren Mitteln „*ihr Land zurück holen*“ sollen.

Mit nur 204 Ja-Stimmen und 145 Nein-Stimmen von DA und EFF verfehlte der Antrag klar die notwendige Zweidrittelmehrheit (267). Bereits am Vortag der Verfassungsdebatte hatte der ANC – in Erwartung dieses Ergebnisses – deutlich gemacht, dass die Landreform und die dazu erforderliche Gesetzgebung im Rahmen der geltenden Verfassung auch unabhängig von einem Scheitern des Ergänzungsantrags vorangetrieben werde.

Klaus Brückner



„50 Jahre Friedensnobelpreis - Willy Brandt“ - Grußwort von Präsident Cyril Ramaphosa

Anlässlich des Festaktes bei der Friedrich-Ebert-Stiftung am 8.12.2021 übermittelte Präsident Cyril Ramaphosa folgende Grußbotschaft per Video:

Herr Präsident der Friedrich-Ebert-Stiftung, Martin Schulz, Exzellenzen, Kollegen und Freunde.

Es ist mir eine große Ehre, an dieser Gedenkveranstaltung teilnehmen zu dürfen, die den Beitrag Willy Brandts zu Frieden und menschlichem Fortschritt würdigt. Willy Brandt bleibt uns als Staatsmann, als Friedensstifter, als Brückenbauer und Humanist und als unermüdlicher Fürsprecher für die Rechte der Armen, Marginalisierten und Schutzlosen in Erinnerung.

Willy Brandt war ein großer Freund von Afrika und seinen Menschen. Er unterstützte Befreiungsbewegungen auf unserem Kontinent in ihrem Kampf und Streben für die Befreiung von der Kolonial- und Apartheidherrschaft.

Ich hatte das Vergnügen, Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag 1986 kennenzulernen und was einen dauerhaften Eindruck bei mir hinterließ, waren nicht nur sein Charisma und seine Energie, sondern seine grundlegende Demut, sein unerschütterlicher Einsatz für Prinzipien und seine stille Stärke.

Willy Brandt hasste Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Er betrachtete das globale, politische und wirtschaftliche System nicht nur als Instrument für mensch-

lichen Fortschritt, sondern auch als System, das Ungerechtigkeiten vertiefte und menschliche Sicherheit und den globalen Frieden bedrohte. Es war Willy Brandt, der in unvergesslicher Art sagte: „Eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung erfordert gleichwertige Entwicklungschancen für alle Völker“.

Heute, 50 Jahre später, stellen Ungerechtigkeit, Hunger und Unterentwicklung weiter die größten Hindernisse und die größten Bedrohungen für den globalen Frieden und die globale Sicherheit dar. Diese Ungerechtigkeit zeigt sich auch im globalen Zugang zu Impfstoffen und riesigen Ungleichgewichten im Handel sowie darin, dass die Armen die größte Last des Klimawandels zu schultern haben.

In einer Zeit, in der viele Regionen der Welt in Konflikten versinken, müssen wir unsere Anstrengungen auf die Ursachen der Konflikte richten. Auf die Konflikte, die zu Armut, Ungleichheit, Intoleranz und Ungerechtigkeit führen.

Im Gedenken an Willy Brandt sollten wir danach streben, eine Welt aufzubauen, die nicht nur friedlich ist, sondern eine Welt, in der Gleichberechtigung herrscht.

Eine Welt, die auf Menschenrechten und auf Grundfreiheiten für alle basiert. Und wir alle sollten danach streben, eine Welt zu bauen, der Willy Brandt sein gesamtes Leben gewidmet hat.

Genau diese Erinnerungen an Willy Brandt ist es, die wir bewahren sollten. Vielen Dank!

(Transkript der Simultan-Übersetzung)

Was sonst noch wichtig war Zondo-Kommission

Brand des Parlaments



Es war ein großer Schrecken und ein verheerendes Feuer. Wenige Stunden nach dem Staatsbegräbnis für Erzbischof (em.) Desmond Tutu brach einige Straßen entfernt im Parlamentsgebäude in Kapstadt ein Feuer aus.

Die normalerweise dort patrouillierenden Sicherheitskräfte waren zum Teil zu dem Großereignis abgezogen worden, so dass erst die Auswertung von Kameras nach dem Brand deutlich machte, dass sich ein Unbefugter in dem Gebäude bewegt hatte. Zudem hatte sich das Elektrizitätssystem nicht automatisch abgeschaltet und die weiterlaufenden Belüftungsanlagen haben die Ausbreitung der Flammen beschleunigt.

Die Feuerwehr war längst vor Ort als der automatische Feueralarm ausgelöst wurde. Der Brand flammte nach ersten Meldungen, dass man das Feuer unter Kontrolle habe, noch einmal mit einiger Gewalt auf bevor auch die letzten Glutnester gelöscht werden konnten.

Insgesamt sind weite Teile des historischen Gebäudes und der Saal der Nationalversammlung komplett zerstört.

Bei aller Ungewissheit über die endgültigen Feststellungen zu Schäden und Ursachen sowie der nun wieder aufkommenden Diskussion einer Verlagerung des Parlaments nach Pretoria hat Parlamentspräsidentin *Nosiviwe Mapisa-Nqakula* vorab schon einmal unmissverständlich und klar festgestellt, dass sie in keinem Fall bereit sei, in irgendeiner Form Verantwortung für eventuelles Fehlverhalten zu übernehmen.

Am 4. Januar übergab der amtierende Oberste Richter *Raymond Zondo* den ersten Teil des Berichts der „State Capture Commission“ (kurz: Zondo-Kommission) an *Präsident Ramaphosa*. Am 1. Februar wurde der zweite Teil überreicht.

Die Kommission war im Januar 2018 auf Anregung von *Thuli Madonsela* als „Public Protector“ von *Präsident Jacob Zuma* berufen worden - allerdings gegen seinen eigentlichen Willen. *Madonsela* hatte die Kommission empfohlen, weil sie die erheblichen Verstrickungen des Präsidenten und der *Familie Gupta* als wesentliches Element der breit angelegten Vereinnahmung des Staates“ (*State Capture*) ausgemacht hatte. *Zuma* blieb nach einem vergeblichen Versuch, die Empfehlungen des *Public Protectors* – einer Verfassungsinstitution - durch das Oberste Gericht zu „kassieren“ keine andere Wahl, als die Kommission einzurichten.

Zum Vorsitzenden wurde der damalige Stellvertretende Oberste Richter, *Raymond Zondo*, berufen. Erst nach dem Rücktritt von *Jacob Zuma* nahm die Kommission ihre Arbeit auf. Bis Dezember 2020 hat sie 278 Zeugen vernommen, rund 160.000 Seiten und 1 Trillion Byte (eine 1 mit 18 Nullen) Beweismittel zusammengetragen. Die Kosten der Kommission werden auf rd. 1 Mrd. Rand (rd. 60 Mio Euro) geschätzt. Es hat nun noch ein weiteres Jahr gedauert, bis schließlich am 4. Januar 2022 der erste Teil des Berichts mit 874 Seiten dem Präsidenten übergeben werden konnte (die sehr umfangreichen Teile 1 und 2 des Berichtes finden Sie auf unserer website - [hier](#)).

Bis zum 28. Februar soll auch der dritte Teil – mit einer Zusammenfassung des Gesamtberichts. Bis Ende Juni will *Ramaphosa* dem Parlament eine detaillierte Auswertung und einen Plan zur Umsetzung der Empfehlungen vorzulegen.

Wir werden in der nächsten Ausgabe detaillierter auf den Bericht eingehen.

Deutsche Unterstützung für grüne Wasserstoffwirtschaft in Südafrika

Gemeinsam mit dem Erdöl- und Chemiekonzern *SASOL* will die südafrikanische Regierung in *Boegoebaai/Northern Cape* „grünen Wasserstoff“ herstellen. Dem Produkt werden mit einer geschätzten Nachfrage bis 2050 in einer Größenordnung von mehr als 500 Mio. Tonnen oder 10,4 Mrd. Barrel Rohöläquivalent weltweit große Marktchancen eingeräumt. Grüner Wasserstoff soll als Ersatzstoff die schwierige Dekarbonisierung von Treibstoffen für die Luftfahrt, den See- und Schwerlastverkehr sowie in der Stahl- und Zementindustrie erleichtern bzw. beschleunigen.

Dafür müsse das Potenzial in Südafrika analysiert und ausgeschöpft werden, sagte der Minister in der *Presidency*, *Mondli Gungubele*, bei einem Besuch der geplanten Produktionsstätte.

Die deutsche Bundesregierung fördert im Rahmen einer technischen Kooperation der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit der südafrikanischen Regierung mit 12,5 Mio € die strategische Entwicklung und regulatorischen Rahmenbedingungen im Rahmen der Initiative „*H2.SA*“.

Der Betrag ist Teil einer Gesamtförderung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Höhe von 40 Mio. € zur Förderung der Grünen Wasserstoffindustrie. Weitere 2,5 Mio € fließen in das „Deutsch-Südafrikanische Energieprogramm (SAGEN-CET)“ und ein weiterer Zuschuss i.H.v. 25 Mio € in ein Projekt der finanziellen Zusammenarbeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die zudem im Auftrag der Bundesregierung einen Kredit in Höhe von 200 Mio € für öffentliche und private Investitionsprojekte der grünen Wasserstoffindustrie bereitstellt.

(Quelle: News24 – 18.1.2022)

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Januar/Februar 2022

Buchtipp: „Das Versprechen“

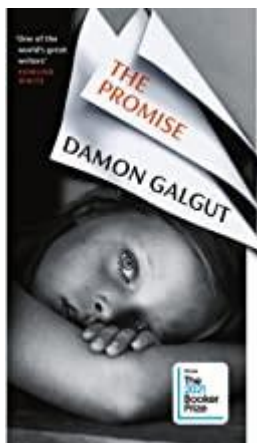
Der im vergangenen Jahr mit dem wichtigsten Literaturpreis Großbritanniens, dem „Booker Prize“ ausgezeichnete südafrikanische Schriftsteller *Damon Galgut*, nimmt in seinem preisgekrönten Roman „Das Versprechen“ die Leser*innen mit auf eine Zeitreise durch den gesellschaftlichen Wandel Südafrikas über drei Jahrzehnte von der letzten Phase der Apartheid bis in die Gegenwart.

Eigentlich ist es die Geschichte der weißen Afrikaaner-Farmerfamilie Swart, die auf dem *Highveld* nahe Pretoria lebt. Das jüngste der drei Kinder, das Mädchen Amor, war als kleines Kind Zeuge eines Versprechens, das die Mutter ihrem Mann abgenommen hatte. Er sollte der schwarzen Haushälterin Salome zum Dank für die unermüdliche Pflege seiner Frau das kleine Haus auf dem Farmgelände zum Eigentum überschreiben. Als Amor bei der Beerdigungsfeier ihrer Mutter an dieses Versprechen erinnert, wird sie nicht ernstgenommen. Salome, die den letzten Willen ihrer verstorbenen „Madam“ ebenfalls kennt, wagt es selbst nicht, daran zu erinnern und bleibt als dienstbarer Geist der Familie treu.

Galgut erzählt die Geschichte aus den vier Perspektiven der beiden Eltern und der zwei Geschwister Amors in vier Kapiteln, deren verbindendes Element die Begräbnisse dieser vier Familienangehörigen sind – der nach schwerer Krankheit verstorbenen Mutter, des durch einen Schlangenbiss auf seiner Reptilienfarm umgekommenen Vaters, der bei einem Car-Hijacking getöteten Schwester und des Bruders nach dessen Selbstmord aus Verzweiflung über ein verfluchtes Leben.

Der Roman beschreibt die Unterdrückung aus der Sicht von Unterdrückten, die sich bis zu Beginn der 1990er Jahre untereinander und gegenseitig der Richtigkeit ihrer chauvinistischen und bigotten Haltung versicherten. Der Wandel kommt nur langsam in ihr Bewusstsein. Lange Zeit sind sie zwar bereit, die Veränderung der äußeren Umstände zu registrieren, weigern sich aber beharrlich, dies auch zum Anlass der Veränderung eigenen Handelns und ihrer gesellschaftlichen Haltung zu nehmen. Dabei wird der Verfall der eigenen Bedeutung ausgeblendet – von Galgut bildhaft verdeutlicht an dem Verfall des einst herrschaftlichen Farmhauses oder durch die Figur eines weißen Obdachlosen, der es wagt, im Kirchhof sein Lager aufzuschlagen und seine Notdurft zu verrichten.

Dem Autor gelingt mit den sorgfältig beschriebenen Perspektivwechseln eindringlich, den wachsenden Selbstbetrug einer immer noch wohlhabenden Familie zu verdeutlichen und mit anekdotischen Beschreibungen der Begräbnisse und des Familienzwistes über die Einlösung des „Versprechens“ zugleich ihre falsch verstandene Opferrolle zu entlarven. Amor,



die einzig Überlebende, hat sich nach einem glücklosen Aufenthalt in London als junge Frau für ein eigenes Leben im neuen Südafrika entschieden und löst am Ende „das Versprechen“ ihrer Mutter ein.

Damon Galgut: *Das Versprechen*. Roman; Luchterhand, München 2021; 368 S. 24,- €, e-book 19,99 €

DeSaFor Veranstaltungen

Trotz der Beschränkungen durch die COVID 19-Pandemie können wir Ihnen einige interessante Angebote präsentieren:

9. Februar 2022 – 18h00 – 19h00, „Let’s talk about... Desmond Tutu’s Vermächtnis: Gelungene Versöhnung der Rainbow Nation oder ‚unfinished business‘?“

Virtuelle Veranstaltung in Englisch - **Brian Currin**, Mitbegründer der Wahrheitskommission Südafrika, im Gespräch mit **Rev. Frank Chikane**, ehem. Chef des Präsidialamtes unter Präsident Thabo Mbeki

Anmeldung unter mitgliederservice@desafor.de

28. Februar 2022 – 18h00 – 19h00

„Let’s talk about... 100 Tage Deutscher Botschafter in Südafrika“

Virtuelle Veranstaltung in Deutsch - **Botschafter Andreas Peschke** berichtet über die ersten Monate im Amt, seine Eindrücke und Einschätzungen“

Einladung folgt

Bitte vormerken:

**6. April 2022 – abends
Mitgliederversammlung DeSaFor e.V.**

Wir wollen zu den in diesem Jahr anstehenden Wahlen unseres Vorstandes eine ordentliche Mitgliederversammlung durchführen. Die Mendelssohn-Remise in Berlin-Mitte ist reserviert und der südafrikanische Botschafter S.E. P. S. Sizani hat zugesagt.

Einladung folgt

Redaktion: Klaus Brückner

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte ein mail an info@desafor.de

V.i.S.d.P. Hans-Werner Bussmann